

**Rede  
von**

**Deniz Kurku, MdL**

zu TOP Nr. 18

Erste Beratung

**Integration zur Bringschuld erklären - Null-Toleranz-  
Strategie gegen Kriminelle, Silvesterrandalierer und  
Parallelgesellschaften**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 19/275

während der Plenarsitzung vom 26.01.2023  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wäre übrigens schön, wenn die AfD das gleiche Engagement an den Tag legen würde, wenn es um Berliner AfD-Bezirkspolitiker geht, die Frauen rassistisch beleidigen, in den Arm beißen oder wie bei uns in Niedersachsen Journalisten tätlich angegriffen werden. Schade auch, dass beispielsweise heute die Debatte zur Solidarität mit den Menschen im Iran für eine Parteitage-Rede genutzt wurde.

Zum Thema: Die Vorkommnisse in der Silvesternacht, ob in Berlin, Düsseldorf, an vielen anderen Orten – wie leider auch bei uns in Niedersachsen – waren vor allem eins: Taten Krimineller, die aufs Schärfste zu verurteilen sind! Ganz deutlich: Wer Menschen angreift, die für unsere Gesundheit und unsere Sicherheit unterwegs sind, greift uns alle an!

Wir stehen hinter unserer Feuerwehr, unserer Polizei und unseren Hilfsorganisationen. Und lassen Sie mich Ihnen mal ein Geheimnis verraten, auch wenn es Sie von der AfD wahrscheinlich überrascht: Menschen mit einer wie auch immer gearteten Zuwanderungsbiographie tun das auch.

Diese Angriffe sind durch nichts und niemanden zu rechtfertigen, sie müssen verfolgt werden, Strafen müssen schnellstens erfolgen. Für meine Fraktion will ich einen herzlichen Dank an den ehemaligen Innenminister Boris Pistorius ausdrücken, der mit langen Atem hier in Niedersachsen und darüber hinaus durch Initiativen im Bundesrat immer gezeigt hat, dass sowohl die Landesregierung, aber auch alle verantwortungsvollen Fraktionen daran arbeiten, die Arbeit der Blaulichtorganisationen sicherer zu machen.

Beispiele sind die Verschärfung des § 115 Abs. 3 StGB auf Bundesebene seit 2017 mit Unterstützung Niedersachsens, zur Bestrafung von Angriffen auf Einsatz- und Rettungskräfte, der Rechtsschutzfonds für Ehrenamtliche, der Kollege Rüdiger Kauroff hat es heute ausgeführt, sowie die Hannoveraner Erklärung zur Unterstützung der Feuerwehren.

Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere neue Ministerin Daniela Behrens hier ebenfalls mit allen demokratischen Fraktionen zusammenarbeiten wird, weitere Verbesserungen zu erreichen. Uns hat sie da sicher an der Seite – ich hoffe Sie auch. Nun kommt es vor allem auf den Dialog mit allen Blaulichtorganisationen an, wie genau gute Konzepte aussehen. Die Ministerin hat heute darüber gesprochen und es ist gut, dass sie sich jetzt bald mit allen treffen wird.

Die Gewalt, über die wir reden, ist klar männlich und hat tiefe soziale Wurzeln, nicht nur die Herkunft. Sie stellt uns vor Aufgaben, die nach mehr verlangen als einfachen Lösungen. Meiner Ansicht nach gibt es zwei Stränge, nämlich die Strafermittlung, konsequente Verfolgung der Täter und natürlich auch die

Ausstattungs- und Personalfragen aller Organisationen. Auf der anderen Seite eben auch eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Ursachen. Im Kern: Wie kann ein Mensch so weit von gesellschaftlichen Normen weg sein, solche Taten zu begehen. Neben gruppenspezifischen Prozessen, einer falsch verstandenen Männlichkeit, tiefem Frust und der Ablehnung staatlicher Institutionen kommen viele weitere Faktoren dazu, die es zu beleuchten gilt – ohne Denkverbote und Scheuklappen, aber das machen wir auch ganz allein ohne die AfD.

Wichtig ist auch, die Feuerwehr, Polizei und die Hilfsorganisationen noch mehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Ist es nicht traurig, dass so wenige Menschen wissen, dass ein großer Teil derjenigen, die uns helfen, wenn wir in Not sind, das ehrenamtlich tut? Was für eine Schräglage, und kein Problem nur der Menschen mit Migrationshintergrund. Die Vornamen-Debatte, oder auch die Frage, wessen Vater und wessen Mutter aus welchem Land ursprünglich kommt, greift zu kurz, und da können wir ja mal allein das Beispiel „deutsche Landtagsabgeordnete“ für nehmen.

Wenn ich als Junge in Niedersachsen geboren werde und aufwachse, kriminell werde, ist das vor allem eines: ein Problem unserer Gesellschaft, Punkt. Wir sollten hier auch nicht so tun, als ob unsere Probleme dann in Syrien, der Türkei oder sonst wo für uns gelöst werden.

Es geht uns alle an, wenn in manchen Familien merkwürdige Rollenverständnisse herrschen, der Staat abgelehnt wird oder Gewalt als legitimes Mittel angesehen wird. Genauso wichtig ist es für uns alle – mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, dass der Staat sich von niemandem auf der Nase herumtanzen lassen darf.

Mit Rufen nach „Ausweisen!“, Schlagworten wie „Integration zur Bringschuld erklären“ oder „Migrantenmilieus“, „verramschte Pässe“, kommen Sie da nicht weiter. In Niedersachsen befinden wir uns nicht erst seit gestern in unseren Städten und Gemeinden auch im Kampf gegen solche Entwicklungen. Vielleicht auch an Ihre Adresse, und da wird die Qualität zwischen Oppositionsarbeit wie von der CDU und Ihnen deutlich. Der Kollege André Bock hat das, wie ich finde, heute Vormittag sehr gut auf den Punkt gebracht, in dem er gesagt hat, dass die Hintergründe natürlich wichtig sind, auch um die Menschen richtig anzusprechen, ich würde sagen zu erreichen.

Es geht aber auch um Fragen der sozialen Durchlässigkeit einer Einwanderungsgesellschaft. Da lohnt es sich auch mal, ein wenig genauer die Forschung heranzuziehen und weniger alles auf „schwarze Haare gleich kriminell“ zu reduzieren. Die Verankerung der Gemeinwesenarbeit, des

Quartiersmanagements, die Stärkung der Jugendhilfe, Straffälligenhilfe hier nur einige Schlagworte.

Hören Sie auf, so zu tun, als seien Sie die einzigen Problemlöser. Ihre Antworten sind gewohnt eindimensional – das sehen die Menschen in Niedersachsen. Die Ausschreitungen in einem Atemzug mit den „Sammlung von Migrantenkindern“ an Schulen und „der Erziehung zu deutschen Werten“ zu nennen, ist vor allem eines: Eine Beleidigung so vieler Menschen in unserem Land, zu der Sie vor allem als politische Vertreterinnen und Vertreter kein Recht haben. Polizei und Rettungskräfte zu respektieren und diese nicht anzugreifen, hat nichts mit „deutschen Werten“ zu tun, sondern es geht um „Werte, die für alle gleich gelten“! Vielleicht denken Sie ja mal darüber nach.